

Israel schnürt Palästinenser ein

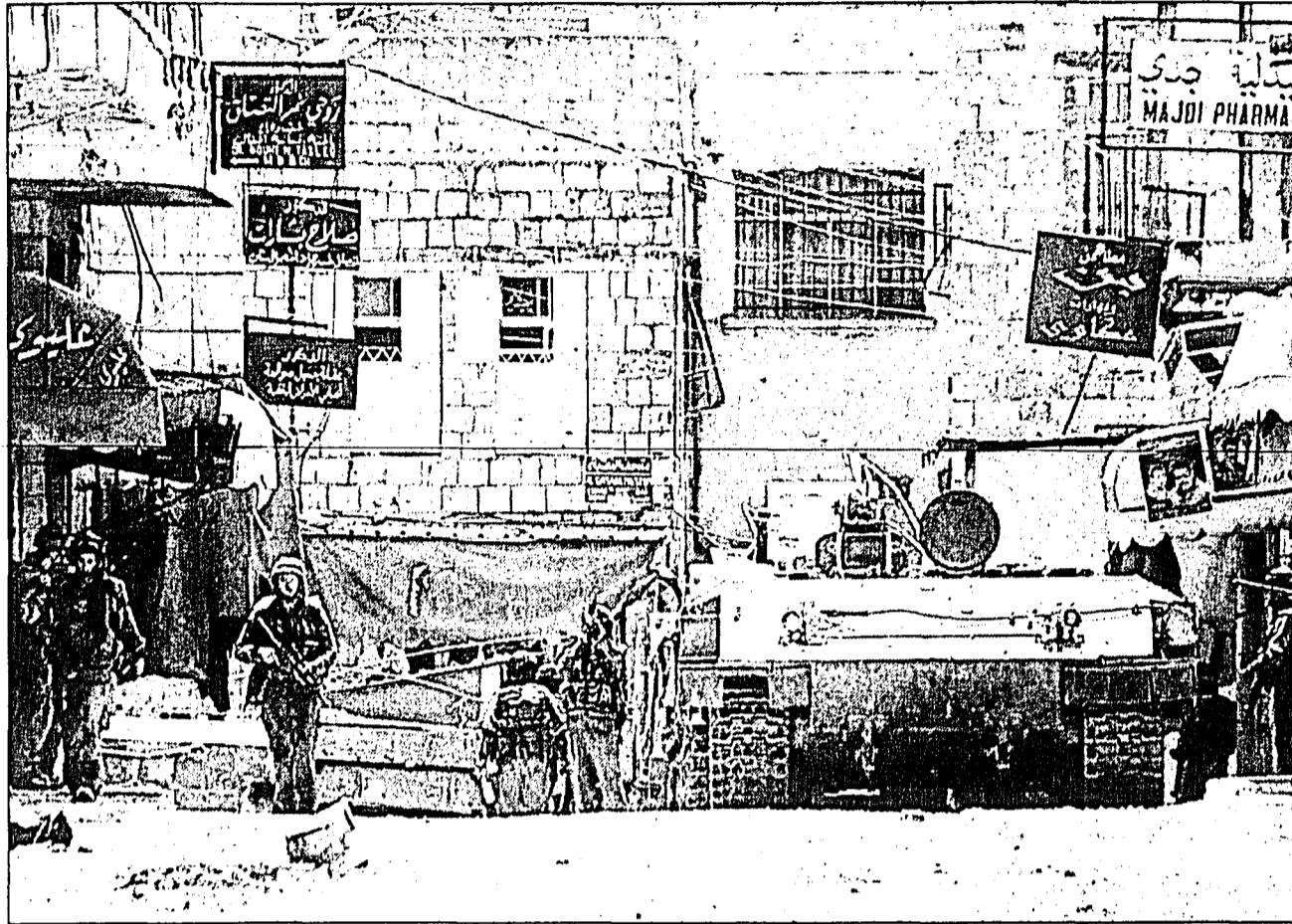
Drastische Einschränkung der Bewegungsfreiheit – Tote bei neuer Gewalt – Bombe explodiert vorzeitig

JERUSALEM: Mit einer drastischen Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Westjordanland hat Israel am Montag auf die Anschläge vom Wochenende reagiert. Auch ein Teil des Gazastreifens wurde mit Panzern abgeriegelt. Verteidigungsminister Benjamin Ben Elieser kündigte eine weitere Verschärfung der Beschränkungen an. Am Montag wurde offenbar bei der vorzeitigen Explosion einer Bombe in einem Auto ein Palästinenser getötet. Eine weitere Person wurde verletzt.

Nach den neuen Bestimmungen besteht für Palästinenser im Norden des Westjordanlands zwischen den Städten Nablus, Dschenin, Kalkilja, Tulkerem und Ramallah ein völliges Reiseverbot. Ausnahmen gebe es nur aus humanitären Gründen. In Nablus setzte die Armee ihre Suche nach palästinensischen Extremisten und Bombenwerkstätten fort. Im Süden des Westjordanlandes, wo die Städte Hebron, Bethlehem und Jericho liegen, werde noch ein Minimum an Reisefreiheit gewährt.

Im Gazastreifen führen 25 israelische Panzer auf der Hauptverbindung zwischen Norden und Süden auf. Die Stadt Rafah und ein angrenzendes Flüchtlingslager wurden damit vom Rest des Gebiets abgeschnitten. Nach Armeangaben geschah dies, um Angriffe auf Israelis zu unterbinden. Ben Elieser erklärte, israelische Sicherheitskräfte hätten 90 Prozent der geplanten palästinensischen Anschläge vereitelt und fast 140 potenzielle Selbstmordattentäter festgenommen. Einen Zeitraum nannte er nicht.

Soldaten nahmen am Montag den ranghohen Hamas-Aktivist Masen



Israel hat auf die Anschläge reagiert und die Palästinenser in ihrer Bewegungsfreiheit drastisch eingeschränkt.

Fokha fest. Er soll den Sprengstoff für einen der beiden Anschläge vom Sonntag geliefert haben, bei dem sich ein Selbstmordattentäter der radikalislamischen Bewegung in die Luft sprengte und neun Menschen mit in den Tod riss. Fast 40 weitere Fahrgäste wurden bei dem Anschlag in der Nähe der nordisraelischen Stadt Tsfat verletzt. Die Hamas bezeichnete die Tat als Racheakt für die Tötung ihres Militärführers.

Palästinenser erschossen zwei Siedler

Bewaffnete Palästinenser überfielen im Westjordanland in der Nacht ein Fahrzeug jüdischer Siedler und er-

schoß zwei der Insassen. Zwei Kinder des getöteten Paares wurden verletzt. Nördlich von Nablus erschossen israelische Soldaten zwei Palästinenser, wie Angehörige der Getöteten berichteten. Darunter war den Angaben zufolge auch ein gesuchter Führer der Fatah-Bewegung. Vier weitere Personen, bei denen es sich um Mitglieder der Al-Aksa-Brigaden handeln soll, seien festgenommen worden.

Die Explosion eines Autos am Montag ereignete sich an einer Kreuzung in der Nähe der überwiegend von Arabern bewohnten Ortschaft Umm el Fahm. Ein Sprecher des Rettungsdienstes sprach von einem «Arbeitsunfall», diese Bezeichnung wird in Israel ver-

wendet, wenn eine Bombe vorzeitig explodiert. Der Fahrer des Wagens wurde verletzt, der Beifahrer, der die Bombe bei sich trug, getötet. Wie der Fernsehsender Kanal Zehn berichtete, handelt es sich bei dem Fahrer um einen israelischen Araber, der den Beifahrer als Anhalter mitgenommen hatte. Der ägyptische Präsident Husni Mubarak empfing am Montag in Kairo den israelischen Außenminister Schimon Peres zu einem Gespräch. Es war der erste Besuch Peres' im Nachbarland seit einem Jahr. Mubarak lud dabei beide Seiten zu Friedensgesprächen in Scharm el Scheich ein, eine Reaktion lag aber zunächst nicht vor.

Empörung in Spanien nach ETA-Anschlag

MADRID: Ein neuerlicher Anschlag der baskischen Untergrundorganisation ETA mit zwei Toten hat in Spanien Empörung ausgelöst. Ministerpräsident José María Aznar plädierte für ein Verbot der ETA-nahen Partei Batasuna (Einheit).

Es könne nicht länger hingenommen werden, dass die Anführer der Batasuna-Partei «frei und ungestraft herumlaufen, während wir unschuldige Opfer beerdigen», sagte Aznar in Palma de Mallorca nach einem Treffen mit König Juan Carlos.

Der Regierungschef bezeichnete die Batasuna-Politiker als «Müll». Die Verantwortlichen würden «sehr teuer bezahlen für das, was sie getan haben», betonte Aznar. Batasuna lehnte es am Montag erneut ab, den Terror der ETA zu verurteilen. In Spanien ist seit Juni ein neues Gesetz in Kraft, das ein Verbot von Parteien ermöglicht, die den Terrorismus unterstützen. Innenminister Angel Acebes nannte den Anschlag eine «brutale und kriminelle Tat». Die ETA habe bewusst den Tod von Menschen in Kauf genommen, da sie das mit Sprengstoff beladene Auto erst kurz vor der Explosion am Tatort abgestellt habe. Gegenmassnahmen seien nicht möglich gewesen.

Doch nicht Bin Ladens Werk?

NEW YORK: Der mutmassliche Terroristenführer Osama bin Laden hat nach Ansicht des pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf die Anschläge vom 11. September nicht selbst geplant. Bin Laden sei «vielleicht der Sponsor, der Geldgeber, die treibende Kraft» gewesen, sagte Musharraf dem Magazin «The New Yorker». Aber die Ausführenden seien «sehr viel moderner» gewesen. «Sie kannten die Vereinigten Staaten, sie kannten die Luftfahrt», zitierte das Blatt Musharraf in seiner Ausgabe vom Montag.

Kanzler Schröder demonstriert Siegeswillen

In Deutschland tritt der Wahlkampf in eine entscheidende Phase

HANNOVER: Mit einer kämpferischen Rede hat SPD-Chef und Bundeskanzler Gerhard Schröder am Montag in Hannover die heisse Wahlkampfphase für seine Partei eröffnet. Vor rund 5000 Zuhörern rückte der Kanzler die Irak-Frage und die Lage am Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt.

Die rot-grüne Bundesregierung habe in vielen Feldern der Politik einen eigenen deutschen Weg eingeschlagen, sagte Schröder. «Wir haben viel geschafft, aber nicht alles erreicht. Deshalb brauchen wir ein zweites Mandat, um unseren deutschen Weg zu Ende zu gehen.»

In Anspielung auf seinen Herausforderer von den Unions-Parteien, Edmund Stoiber, sagte er: «Mit den Konzepten von vorgestern und dem Personal von gestern lässt sich das Heute nicht bewältigen und das Morgen nicht gewinnen.»

In den knapp sieben Wochen bis zur Bundestagswahl am 22. September will die SPD angesichts der Kriegsgefahr in Nahost und in Irak die Außen- und Sicherheitspolitik verstärkt in den Mittelpunkt rücken.

Absage an Militärschlag gegen Irak

Eindeutig grenzte sich Schröder von US-Plänen zu einem Militärschlag gegen Irak ab. Deutschland «wird unter meiner Führung nicht für Abenteuer zur Verfügung stehen», versicherte er.

Wer gegen Irak einen Krieg beginne, der müsse auch ein politisches Konzept vorlegen, was nach einer Intervention kommen solle, sagte Schröder.

Der Kanzler betonte erneut, Deutschland habe sich nicht gescheut, «im Kampf gegen den Terrorismus Solidarität zu üben». Aber heute gehe das Land seinen eigenen Weg. Anders als

unter seinem Vorgänger Helmut Kohl werde sich Deutschland nicht mehr mit Geldzahlungen aus der Affäre ziehen. Noch deutlicher schloss SPD-Generalsekretär Franz Müntefering eine

deutsche Beteiligung an einem möglichen US-Angriff aus. Deutschland werde seinen eigenen Weg gehen – unabhängig davon, was die UNO beschliesse. Stoiber warf Schröder vor, die Irak-Frage als Wahlkampfthema ausschlagen zu wollen. Schröder begegnete dem Vorwurf mit dem Verweis auf die anstehenden NATO-Beratungen. Beim NATO-Gipfel einen Tag nach der Bundestagswahl werde über das weitere Vorgehen in der Irak-Frage entschieden werden.

Appell an die Wirtschaft

Angesichts der schlechten Bilanz bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit appellierte Schröder an das Verantwortungsgefühl der «wirtschaftlichen Elite» in Deutschland. Wenn es von Seiten der Wirtschaft immer wieder heisse, es gebe 1,5 Millionen offene Stellen, «dann meldet diese Stellen den Arbeitsämtern», sagte er.

Von den Wirtschaftsführern forderte der Kanzler eine «neue Moral und Ethik» ein. Das «Ausplündern kleiner Leute» wie in den USA sei nicht der deutsche Weg, sagte Schröder. Dabei betonte er die Wichtigkeit gleicher Bildungschancen für alle.

Schlechte Umfrage-Ergebnisse

Wegen der schlechten Umfrageresultate für die rot-grüne Bundesregierung hatte die SPD-Spitze vor einer Woche beschlossen, die heisse Phase ihres Wahlkampfes vorzulegen. Der SPD-Wahlkampftrupp startete von Hannover aus zu seiner Deutschlandtour. Die SPD plant insgesamt 400 Wahlveranstaltungen, darunter 48 Grosskundgebungen.



Deutschlands Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mit einer kämpferischen Rede in Hannover die heisse Wahlkampf-Phase eingeläutet.

Angriff auf die Pressefreiheit

HAMBURG: In der Affäre um missbräuchlich verwendete Bonus-Flugmeilen deutscher Bundestagsabgeordneter haben der Deutsche Presserat und der Deutsche Journalistenverband DJV am Montag Kritik an einer SPD-Strafanzeige gegen die «Bild»-Zeitung geübt. Wie der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses für den redaktionellen Datenschutz im Presserat, Manfred Protze, am Montag dem Radiosender NDR-Info sagte, gelte der Datenschutz zwar als Bürgerrecht auch für Bundestagsabgeordnete. «Nur darf er nicht missbraucht werden zur Unterdrückung unliebsamer Nachrichten.» Das Vorgehen von SPD-Generalsekretär Franz Müntefering, der seinen Vorstoss mit dem Verdacht des Ausspähsens von Daten und des Verstosses gegen das Datenschutzgesetz begründete, war am Sonntag auch von elf Chefredakteuren kritisiert worden.

«In den vergangenen Jahren seien Strafanzeigen immer wieder als Vorwand benutzt worden, um «das so genannte Redaktionsgeheimnis, also die in den journalistischen Arbeitsstellen und in den Notizbüchern gesammelten Informationen auszufragen», kritisierte Protze. Die Bonusmeilen-Affäre sei «absolut kein Datenschutzfall».

Die Presse habe das Recht zu prüfen, ob Abgeordnete korrekt mit öffentlichen Geldern umgegangen seien. Der Presserat werde wiederum prüfen, ob die «Bild»-Zeitung «wahrhaftig» berichtet habe. «Die «Bild»-Zeitung muss darlegen, dass das, was sie veröffentlicht hat, faktisch stimmt. Zweitens muss sie auch darlegen, dass sie nicht willkürlich verfahren ist bei der Auswahl der Sünden», sagte Protze weiter. Der DJV erklärte, die «Bild»-Berichterstattung sei kein Fall fürs Gericht.